

(Akad. Grad Vor- und Zuname)

(Versicherungsnummer)

(derzeitiges Beschäftigungsausmaß)

(Diensteigenschaft)

(Inst. Nr.)

## E r k l ä r u n g

betreffend Nebenbeschäftigung

Ich übe neben dem mit der Technischen Universität Wien abgeschlossenen Dienstverhältnis

keine andere Beschäftigung aus.

die von mir in der Beilage im Sinne des § 56 BDG (§ 5 VBG) gemeldete Nebenbeschäftigung aus.

Die bereits in der Vergangenheit gemeldete/n Nebenbeschäftigung/en

wird / werden derzeit noch ausgeübt (diese NB sind ebenfalls in der Beilage anzuführen).

ist / sind seit nicht mehr aufrecht.

Wien, am

---

(Unterschrift)

Erläuterungen - siehe bitte Rückseite!

☐ Zutreffendes bitte ankreuzen!

**§ 56 BDG 1979, BGBl.Nr. 333, vom 27.6.1979, lautet:**

- (1) Nebenbeschäftigung ist jede Beschäftigung, die der Beamte außerhalb seines Dienstverhältnisses und einer allfälligen Nebentätigkeit ausübt.
- (2) Der Beamte darf keine Nebenbeschäftigung ausüben, die ihn an der Erfüllung seiner dienstlichen Aufgaben behindert, die Vermutung einer Befangenheit hervorruft oder sonstige wesentliche dienstliche Interessen gefährdet.
- (3) Der Beamte hat seiner Dienstbehörde jede erwerbsmäßige Nebenbeschäftigung unverzüglich zu melden. Eine Nebenbeschäftigung ist erwerbsmäßig, wenn sie die Schaffung von nennenswerten Einkünften in Geld- oder Güterform bezweckt.
- (4) Der Beamte,
  1. dessen Wochendienstzeit nach den §§ 50 a oder 50 b auf die Hälfte herabgesetzt worden ist oder
  2. der eine Teilzeitbeschäftigung nach § 15 c MschG oder nach § 8 EKUG in Anspruch nimmt oder
  3. der sich in einem Karenzurlaub zur Pflege eines behinderten Kindes nach § 75 c befindet,darf eine erwerbsmäßige Nebenbeschäftigung nur ausüben, wenn und insoweit die oberste Dienstbehörde dies genehmigt. Die Genehmigung ist in den Fällen des Abs. 2 sowie dann zu versagen, wenn die Ausübung dieser Nebenbeschäftigung dem Grund der nach Z 1 bis 3 getroffenen Maßnahme widerstreitet.
- (5) Eine Tätigkeit im Vorstand, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat oder in einem sonstigen Organ einer auf Gewinn gerichteten juristischen Person des privaten Rechts hat der Beamte jedenfalls zu melden.

**§ 5 VBG 1948, BGBl.Nr. 86, vom 17.3.1948, ist in Verbindung mit § 56 BDG 1979, BGBl.Nr. 333, vom 27.6.1979 anzuwenden:**

Der Bedienstete hat seiner Dienstbehörde jede erwerbsmäßige Nebenbeschäftigung unverzüglich zu melden

**Ferner wird auf § 34 Abs. 2 lit. e VBG hingewiesen, der besagt:**

- (2) Ein wichtiger Grund, der den Dienstgeber zur vorzeitigen Auflösung des Dienstverhältnisses (Entlassung) berechtigt, liegt insbesondere vor,
  - e) wenn der Vertragsbedienstete eine Nebenbeschäftigung betreibt, die dem Anstand widerstreitet oder die ihn an der vollständigen oder genauen Erfüllung seiner Dienstpflichten hindert, und er diese Beschäftigung trotz Aufforderung nicht aufgibt.

**Die Meldung einer Nebenbeschäftigung hat zu enthalten:**

Dienstgeber

Art der Beschäftigung

Beschäftigungsausmaß

Zeit - an welchen Tagen und Stunden diese Tätigkeit ausgeübt wird.

Es ist erforderlich, dass der Institutsvorstand hinsichtlich § 56 (2) BDG bzw. § 34 Abs. 2 lit. e VBG eine Stellungnahme abgibt.